



## **Niederschrift**

über die 34. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 21.02.2018, 17:00 Uhr, im Ratssaal,  
Eingang Schillerstraße

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Beigeordneter Henno Pir-  
mann

#### Ratsmitglieder

Ibrahim Al-Saffar  
Anne Bauer  
Evelyne Cleemann  
Pascal Dahler (bis 18.18 Uhr, während TOP I/14)  
Hedi Danner (ab 17.04 Uhr)  
Kurt Dettweiler  
Bernhard Düker  
Thomas Eckerlein (bis 18.43 Uhr, TOP I/14)  
Christian Fochs  
Dr. Christoph Gensch (bis 17.53 Uhr, TOP I/11)  
Maria Goos-Hoefer  
Thorsten Gries  
Gerhard Hemmer  
Andreas Hüther  
Annegret Kirchner  
Elisabeth Metzger  
Volker Neubert  
Matthias Nunold  
Dr. Wolfgang Ohler  
Dr. Norbert Pohlmann  
Fritz Presl  
Christina Rauch  
Josef Reich  
Walter Rimbrecht  
Achim Ruf  
Dr. Dietmar Runge  
Gertrud Schanne-Raab

### 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

Gertrud Schiller  
Sabine Schmidt-Wilhelm (bis 18.40 Uhr, TOPI/14)  
Bernhard Schneider  
Dirk Schneider  
Peter Schönborn  
Elke Streuber  
Pervin Taze  
Gabriele Vogelgesang  
Manfred Weber

#### Protokollführung

Natascha Weick

#### von der Verwaltung

Werner Boßlet  
Heinz Braun  
Dr. Annegret Bucher  
Alessa Buchmann  
Benedikt Burkey  
Martin Deller  
Dr. Julian Dormann  
Harald Ehrmann  
Hermann Eitel  
Jörg Eschmann  
Martin Gries  
Thomas Körner (Ortsvorsteher Wattweiler)  
Anne Kraft  
Johannes Kuhn  
Christian Michels  
Thorsten Schuhmacher  
Isolde Seibert (Ortsvorsteherin Rimschweiler)

#### **Abwesend:**

##### Vorsitz

Oberbürgermeister Kurt  
Pirmann

##### Stadtvorstand

Bürgermeister Christian  
Gauf

##### Ratsmitglieder

Gerhard Burkei  
Judith Dahlhauser  
Ingrid Kaiser  
Stephane Moulin

##### von der Verwaltung

Werner Brennemann  
Heike Heb  
Jörg Müller

## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

### Tagesordnung

- 1 Einwohnerfragestunde
- 2 Ergänzung von Ausschüssen  
Vorlage: 10/0988/2018
- 3 Beschluss einer Satzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB (Klarstellungssatzung)  
für den Bereich zwischen Vogesenstraße - Forstbergstraße - Bahnhofstraße und  
Radweg  
in Zweibrücken Rimschweiler  
Vorlage: 60/0989/2018
- 4 Aufstellung des Bebauungsplanes BH 32 „Möbel Martin“, Fortführung des Verfah-  
rens  
Antrag aller Fraktionen  
Vorlage: 10/1016/2018
- 5 Unterrichtung des Stadtrates über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21  
GemHVO  
Vorlage: 20/1004/2018
- 6 Vollzug der Gemeindeordnung, Unterrichtung des Stadtrates gem. § 33 Abs. 2 Ge-  
mO  
Vorlage: 10/0951/2017
- 7 Vergabeangelegenheit:  
Sanierung der Straßenbeleuchtung  
Vorlage: 81/1021/2018
- 8 Kosten- und Finanzierungsübersicht (KOFI);  
"Soziale Stadt - entlang des Hornbachs / Breitwiesen"  
Vorlage: 60/0981/2018/1
- 9 Kosten- und Finanzierungsübersicht (KOFI);  
"Soziale Stadt - an der Steinhauser Straße"  
Vorlage: 60/0982/2018
- 10 Mittelfristige Kosten- und Förderplanung zur Vorlage beim Ministerium des Innern  
und für Sport (MdI)  
Vorlage: 60/0983/2018
- 11 Bauleitplanung;  
Flächennutzungsplan Teiländerung 14 „Umfeld DOZ“  
des Flächennutzungsplans der Stadt Zweibrücken  
- Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB  
gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie  
der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB  
- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 2

### **34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018**

BauGB

- Beschluss zur Durchführung der Offenlage gem. § 3 Abs. 2 BauGB  
Vorlage: 60/0991/2018

**12** Bauleitplanung;

A.) Ergänzungssatzung NA 43 „Oberhalb der Thüringenstraße“

- Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 09.02.2010

B.) Aufstellung des Bebauungsplanes NA 43 "Thüringen-, Pommernstraße" in Niederauerbach

- Aufstellungsbeschluss gem. §2 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 60/0997/2018

**13** Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;

Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 126 /4 "Östlich der Amerikastraße, 4. Teiländerung" im beschleunigten Verfahren gem. §13 a BauGB

- Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB

- Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 2

BauGB

- Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB

Vorlage: 60/1020/2018

**14** Tätigkeitsbericht des Beirat für Migration und Integration

Bericht von Frau Taze, Vorsitzende des Beirates

**15** Anfragen von Ratsmitgliedern

**16** Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht-öffentlichen Teil

### **34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.  
Er stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Einladung der Mitglieder fest.

Ratsmitglied Dr. Gensch beantragt den Tagesordnungspunkt I/14 „Antrag aller Fraktionen: Aufstellung des Bebauungsplanes BH 32 – Möbel Martin“ als Tagesordnungspunkt I/4 zu behandeln.

Der Stadtrat stimmt dem **einstimmig** zu.

Der Tagesordnungspunkt I/14 wird als neuer Tagesordnungspunkt I/4 behandelt  
Alle anschließenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

### **Punkt 1:                    Einwohnerfragestunde** **(öffentlich)**

Der Vorsitzende informiert darüber, dass von einem Bürger zwei Einwohnerfragen eingegangen sind. Er trägt dem Rat die beiden Anfragen mit zugehöriger Beantwortung vor:

#### Anfragen von Herrn Adolf Dauber:

1.     Welche Möglichkeiten gibt es, die ständig zunehmenden Müll-Transite zur Deponie Mörsbach mitten durch Wohngebiete (Steinhauser-, Saarland-, Landauer- und Hofenfelsstraße) über die Autobahn A8 bis zur Abfahrt Niederauerbach und dann über die L471 entlang des Bahneinschnitts umzuleiten?  
Würden nicht Hinweisschilder an der Autobahnabfahrt Contwig/Flugplatz bzw. in der Landauer Straße an der Auffahrt zur L471 einfache Abhilfe schaffen, vor allem wenn auch ab und zu dies kontrolliert würde?  
Den Müllfirmen, die ominösen Abfall von weit her nach Zweibrücken bringen, sollte man diesen kleinen Umweg doch wohl zumuten können!  
Die Interessen und die Gesundheit seiner Bürger sollten m.E. an erster Stelle stehen.
  
2.     Vor Jahren wurde die Durchfahrt durch die Allee für alle PKWs mit der Begründung gesperrt, dass sich der Boden für die Wurzeln der Platanen sehr verdichte und die Bäume absterben könnten.  
Wenn dies so stimmt, sollte dann nicht auch die Dr.-Ehrensberger-Straße (vor allem für schwere LKWs und Busse!) gesperrt werden, um die dort noch enger stehenden Platanen zu schützen? Werden die Baumwurzeln mit den erwähnten Folgen dort nicht noch mehr komprimiert? Ist eine Anfahrt über die Hofenfelsstraße für die Anlieger zum Schutz der Bäume denn nicht zumutbar?

#### Antworten der Verwaltung (Ordnungsamt, UBZ):

- Zu 1: Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht, gibt es keine Möglichkeit den Ziel-/ und Quellverkehr der Deponie wie angefragt über die A8 auf die L471 zu leiten.  
Bei den von Ihnen als Wohngebiet benannten Straßen handelt es sich um kein reines Wohngebiet sondern Mischgebiet. Die genannten Straßen sind öffentlich und stehen damit allen Verkehrsteilnehmern zur Nutzung frei. Zudem handelt es sich explizit um klassifizierte Straßen, Landesstraßen (L480/L465 und L469), die insbesondere dafür geschaffen sind, den überörtlichen und auch den Schwerlastverkehr im Wegenetz aufzufangen.  
Eine Ausschilderung an der A8 oder L471 ist im Sinne des angestrebten „Schilderwaldabbaus“ nicht angedacht.
- Zu 2: Bei der Sperrung der Gestütsallee zwischen Saarlandstraße und Geschwister-Scholl-Allee waren zusätzlich zum Schutz der Bäume (grünplanerisch) auch Interessen wie z.B. Tourismus, Freizeit, Radwegenetz (stadtplanerisch) von Bedeutung.

Aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht kann angemerkt werden, dass es sich bei der Dr.-Ehrensberger-Straße als Gemeindestraße um eine öffentliche Straße handelt, die der

### 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

Allgemeinheit zur Nutzung freisteht. Zudem sprechen folgende verkehrsrechtliche Punkte gegen eine Sperrung der Dr.-Ehrensberger-Straße:

- Der befestigte Festplatz an der Rennwiese ist von der Saarlandstraße aus für parkende Busse ausgewiesen.
- Busse der Post-Saar-Mobil nutzen die Dr.-Ehrensberger-Straße vom Niederauerbacher Kreisel kommend zur Landstuhler Straße hoch, da sie die Spitzkehre in der Hofenfelsstraße zur Landstuhlerstraße nicht fahren können.
- Die Gewerbetreibende in der Saarlandstraße 18, im ehemaligen Gebäude Pörringer+ Schindler, haben ihre Anlieferung rückseitig über die Bauwerkerstraße, womit über die breitere Dr.-Ehrensberger-Straße statt über die Bauwerkerstraße angefahren wird.
- Private Stellflächen der Wohnblocks zwischen der Hofenfels- und der Dr.-Ehrensberger-Straße sowie der Bauwerker- und der Strubbergstraße sind – ebenso wie das Gebäude des Internationalen Bundes (IB) - nur über die Dr.-Ehrensberger-Straße erschlossen.

Die verkehrsrechtliche Bedeutung der Dr.-Ehrensberger-Straße kann damit der Gestütsallee nicht gleichgesetzt werden.

Bezugnehmend auf die naturschutzrechtlichen Aspekte, kann mitgeteilt werden, dass die Sperrung der Gestütsallee auch einer weiteren schädigenden Bodenverdichtung im Wurzelbereich der Platanen insbesondere durch parkende Fahrzeuge entgegenwirken sollte (Anmerkung: Der lichte Abstand der beiden Baumreihen beträgt ca. 7 m (gemessen am Stammfuß). Die Fahrbahn ist ca. 5 m breit).

Der Abstand der beiden Platanenreihen in der Dr. Ehrensberger-Straße beträgt zwar ebenfalls ca. 7 m, die Fahrbahn weist jedoch eine Breite von ca. 6 m auf. Die Bäume stehen damit nicht enger als die in der Gestütsallee. Eine Schädigung von Wurzeln (sofern überhaupt in nennenswertem Umfang vorhanden) unter dem Asphalt durch den Kfz-Verkehr kann ausgeschlossen werden.

Festzustellen ist jedoch, dass im unbefestigten Seiten-/Grünstreifen unter den Bäumen regelmäßig (unerlaubt) geparkt wird und dies zur zunehmenden schädigenden Bodenverdichtung im Wurzelbereich der Platanen führt. Diesbezüglich wird die Verwaltung Maßnahmen zur Verhinderung der Befahrbarkeit des unbefestigten Seiten-/Grünstreifens (z.B. durch Poller) prüfen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Anfragen im Nachgang Herrn Dauber schriftlich beantwortet werden.

Ratsmitglied Dr. Ohler regt an, die Firmen, die den Müll anliefern über geeignete Routen zur Mülldeponie zu informieren.

Verteiler:

Amt 32

84

## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

**Punkt 2:**                    **Ergänzung von Ausschüssen**  
**(öffentlich)**                **Vorlage: 10/0988/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

1. Herr Walter Dury wird als Nachfolger für Herrn Scheer in den Sportausschuss gewählt.
2. Frau Annette Martin wird als Nachfolgerin für Herrn David Aumer in den Jugendhilfeausschuss gewählt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 36 Mitglieder teil.

**Verteiler:**

10.2

Amt 40

Amt 51



### 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

**Punkt 3:**  
**(öffentlich)**

**Beschluss einer Satzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB (Klarstellungssatzung)  
für den Bereich zwischen Vogesenstraße - Forstbergstraße -  
Bahnhofstraße und Radweg  
in Zweibrücken Rimschweiler  
Vorlage: 60/0989/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

**Beschluss:**

Der in der Anlage beigefügte Entwurf einer Satzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 1 BauGB für den Geltungsbereich zwischen Vogesenstraße – Forstbergstraße –Bahnhofstraße und Radweg in Zweibrücken-Rimschweiler wird als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	29
Nein:	0
Enthaltung:	5

An der Abstimmung nahmen 34 Mitglieder teil.

Die Ratsmitglieder Rimbrecht und Schmidt-Wilhelm haben an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Verteiler:  
Amt 60

### 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

**Punkt 4:**                    **Aufstellung des Bebauungsplanes BH 32 „Möbel Martin“, Fort-**  
**(öffentlich)**                    **führung des Verfahrens**  
   **Antrag aller Fraktionen**  
   **Vorlage: 10/1016/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Die Fraktionen drücken hierzu nochmal die Bekräftigung für die Aufstellung des Bebauungsplanes aus.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

#### **Beschluss:**

Der Stadtrat der Stadt Zweibrücken bekräftigt, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes BH 32 „Möbel Martin“ fortzuführen. Grundlage des Verfahrens ist das Vorhaben der Firma Möbel Martin, für das im Plangebiet zulässige Einrichtungshaus eine Erweiterung der Gesamtverkaufsfläche auf Basis der eingereichten Antragsunterlagen vorzusehen. Im nächsten Bau- und Umweltausschuss sollen grundlegende Informationen zum aktuellen Sachstand gegeben werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 36 Mitglieder teil.

#### **Verteiler:**

10.2  
Amt 60

### 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

**Punkt 5:**  
**(öffentlich)**

**Unterrichtung des Stadtrates über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 21 GemHVO**  
**Vorlage: 20/1004/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und informiert den Stadtrat über die Haushaltssperre in Höhe von 20 % über die Deckungskreise für den Sachaufwand.

Herr Dr. Dormann erläutert hierzu, dass grundsätzlich alle Sachaufwendungen betroffen seien. Verzögerungen bei Maßnahmen, die unabweisbar sind, seien aber nicht zu erwarten.

Verteiler:  
Amt 20

## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

**Punkt 6:**  
**(öffentlich)**

**Vollzug der Gemeindeordnung, Unterrichtung des Stadtrates gem.  
§ 33 Abs. 2 GemO  
Vorlage: 10/0951/2017**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und unterrichtet den Stadtrat über die im Jahr 2017 abgeschlossenen Verträge der Stadt mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie mit Bediensteten der Stadt.

Verteiler:  
10.2

### 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

**Punkt 7:**                      **Vergabeangelegenheit:**  
**(öffentlich)**                    **Sanierung der Straßenbeleuchtung**  
   **Vorlage: 81/1021/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage und sagt zu , den Sachverhalt künftig ausführlich in der Drucksache zu erläutern.

Herr Eitel informiert den Stadtrat, dass nur ein Bieter ein Angebot für die 450 Straßenbeleuchtungsanlagen abgegeben habe.

Im März 2017 sei eine Förderung beantragt worden. 222.890 € seien förderfähigen Kosten.

Ein Zuschuss in Höhe von 44.578 € sei gewährt worden.

Die förderfähigen Kosten setzen sich aus dem Mastaufsatz sowie der Regelelektronik zusammen. Dieser Posten betrage etwa 30 % der Gesamtkosten an einer Straßenleuchte.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

**Beschluss:**

Der Auftrag zum Ausbau der Straßenbeleuchtungsanlagen und die Umstellung von HQL-Technik auf LED-Technik wird an die Firma SPIE SAG GmbH, Raiffeisenstr. 21, 66849 Landstuhl vergeben.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 36 Mitglieder teil.

**Verteiler:**

Amt 60

81

### 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

**Punkt 8:**                    **Kosten- und Finanzierungsübersicht (KOFI);**  
**(öffentlich)**                **"Soziale Stadt - entlang des Hornbachs / Breitwiesen"**  
                                     **Vorlage: 60/0981/2018/1**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

**Beschluss:**

Die vorgelegte KOFI stellt die im Integrierten Entwicklungskonzept für das Gebiet „Soziale Stadt – entlang des Hornbachs/ Breitwiesen“ festgelegten Maßnahmen dar. Der Stadtrat stimmt den aufgeführten Maßnahmen auf der Grundlage der vorgelegten KOFI zu und nimmt die KOFI zur Kenntnis.

Planerische Inhalte der Vorhaben sind **nicht** Gegenstand der KOFI und in den zuständigen Ausschüssen (Bau- und Umweltausschuss, Haupt- und Personalausschuss) und dem Stadtrat zu behandeln.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	36
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 36 Mitglieder teil.

Verteiler:  
Amt 60

## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

**Punkt 9:**                    **Kosten- und Finanzierungsübersicht (KOFI);**  
**(öffentlich)**                **"Soziale Stadt - an der Steinhauser Straße"**  
                                     **Vorlage: 60/0982/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

### **Beschluss:**

Die vorgelegte KOFI stellt die im Integrierten Entwicklungskonzept für das Gebiet „Soziale Stadt – an der Steinhauser Straße“ festgelegten Maßnahmen dar. Der Stadtrat stimmt den aufgeführten Maßnahmen auf der Grundlage der vorgelegten KOFI zu und nimmt die KOFI zur Kenntnis.

Planerische Inhalte der Vorhaben sind **nicht** Gegenstand der KOFI und in den zuständigen Ausschüssen (Bau- und Umweltausschuss, Haupt- und Personalausschuss) und dem Stadtrat zu behandeln.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil. Das Ratsmitglied Schönborn befand sich während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:  
Amt 60

### 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

**Punkt 10:**  
**(öffentlich)**

**Mittelfristige Kosten- und Förderplanung zur Vorlage beim Ministerium des Innern und für Sport (MdI)**  
**Vorlage: 60/0983/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt den aufgeführten Maßnahmen auf der Grundlage der vorgelegten Übersicht (Mittelfristige Kosten- und Förderplanung) zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil. Das Ratsmitglied Schönborn befand sich während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum

Verteiler:  
Amt 60



## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

### **Punkt 11:** **(öffentlich)**

#### **Bauleitplanung;**

#### **Flächennutzungsplan Teiländerung 14 „Umfeld DOZ“ des Flächennutzungsplans der Stadt Zweibrücken**

- **Ergebnis der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und  
sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie**

**der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1  
BauGB**

- **Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB  
gem. § 4 Abs. 2 BauGB**

- **Beschluss zur Durchführung der Offenlage gem. § 3 Abs. 2  
BauGB**

**Vorlage: 60/0991/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **einstimmig** folgenden

### **Beschluss:**

1. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB sowie die Äußerungen im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB werden wie in dieser Vorlage unter II ausgeführt behandelt.
2. Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB liegen nicht vor. Dies wird zur Kenntnis genommen.
3. Der Stadtrat billigt den aktuellen Entwurf der Flächennutzungsplan Teiländerung 14 „DOZ-Umdeld“, bestehend aus der Planzeichnung sowie der Begründung inkl. Umweltbericht.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 durchzuführen.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	35
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 35 Mitglieder teil. Das Ratsmitglied Bernhard Schneider befand sich während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:  
Amt 60

## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

### **Punkt 12:** **(öffentlich)**

#### **Bauleitplanung;**

**A.) Ergänzungssatzung NA 43 „Oberhalb der Thüringenstraße“**

- **Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 09.02.2010**

**B.) Aufstellung des Bebauungsplanes NA 43 "Thüringen-, Pommernstraße" in Niederauerbach**

- **Aufstellungsbeschluss gem. §2 Abs. 1 BauGB**

**Vorlage: 60/0997/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Herr Ehrmann erläutert, dass zu dem Bebauungsplanverfahren die internen Abstimmungen (UBZ, Naturschutz, Oberflächenentwässerung) bereits erfolgt seien. Auch der Haupteigentümer gab positive Rückmeldung, sodass mit einem Zeithorizont für den Beginn der Baumaßnahmen von etwa einem Jahr zu rechnen sei.

Vom beschleunigten Verfahren gemäß § 13 b BauGB sei abgeraten worden.

Der Stadtrat fasst **e i n s t i m m i g** folgenden

### **Beschluss:**

- A.) Der Aufstellungsbeschluss für die Erstellung der Ergänzungssatzung NA 43 „Oberhalb der Thüringenstraße“ vom 09.02.2010 wird aufgehoben. Der Geltungsbereich der Ergänzungssatzung ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 1) zu entnehmen.
- B.) Die Aufstellung des Bebauungsplanes NA 43 „Thüringen-, Pommernstraße“ wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist dem beiliegenden Lageplan (Anlage 2) zu entnehmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil.

Das Ratsmitglied Gries verlässt wegen Sonderinteresse den Sitzungsraum.

Das Ratsmitglied Streuber befand sich während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

### **Verteiler:**

Amt 60

**Punkt 13:**  
**(öffentlich)**

**Bauleitplanung der Stadt Zweibrücken;  
Aufstellung des Bebauungsplanes ZW 126 /4 "Östlich der Amerikastraße, 4. Teiländerung" im beschleunigten Verfahren gem. §13 a BauGB**  
**- Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB**  
**- Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB**  
**- Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB**  
**Vorlage: 60/1020/2018**

Der Vorsitzende verweist auf die Vorlage.

Ohne Aussprache fasst der Stadtrat **e i n s t i m m i g** folgenden

**IV. Beschluss:**

6. Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB werden, wie in dieser Vorlage unter III ausgeführt, behandelt.
7. Der Stadtrat billigt den Bebauungsplan ZW 126/4 „Östlich der Amerikastraße, Teiländerung 4, bestehend aus zeichnerischen und textlichen Festsetzungen und der Begründung in der dieser Vorlage beigefügten Fassung und beschließt sie gem. § 10 BauGB als Satzung.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	33
Nein:	0
Enthaltung:	0

An der Abstimmung nahmen 33 Mitglieder teil. Die Ratsmitglieder Gries und Streuber befanden sich während der Abstimmung nicht im Sitzungsraum.

Verteiler:  
Amt 60

## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

### **Punkt 14:** **(öffentlich)**

### **Tätigkeitsbericht des Beirat für Migration und Integration** **Bericht von Frau Taze, Vorsitzende des Beirates**

Die Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration, Frau Pervin Taze, stellt anhand einer Präsentation die bisherigen Tätigkeiten und Aufgaben des Beirates seit Beginn der Legislaturperiode vor.

Auf die Frage wieso der Beirat für Migration in allen Ausschüssen außer dem Stadtrechtsausschuss vertreten sei, erläuterte Herr Eschmann, dass es sich beim Stadtrechtsausschuss nicht um einen Ausschuss im Sinne des § 44 GemO handele.

Im Bereich der Sprachförderung seien die Integrationskurse überdurchschnittlich gut angenommen worden.

Verteiler:  
10.1.1

**Punkt 15:**                    **Anfragen von Ratsmitgliedern**  
**(öffentlich)**

**1**        **Anfrage von Ratsmitglied Nunold**

Vandalismus am „kleinen Exerzierplatz“

Ratsmitglied Nunold merkt an, dass am vergangenen Wochenende neu aufgestellten Toilettencontainer die Anschlüsse beschädigt wurden. Außerdem sei eine Box für die Hundekotbeutel zerstört worden.

Er bittet um Information, wie hoch der finanzielle Schaden am kleinen Exerzierplatz im letzten Jahr war.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

**2**        **Anfrage von Ratsmitglied Gries**

Motorsport auf dem Flughafengelände:

Ratsmitglied Gries möchte wissen, inwieweit die Stadt an den Gesprächen bezüglich der Absage der Motorsportveranstaltung auf dem Flugplatz involviert war.

Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt im Vorfeld beteiligt werde. Die Kreisverwaltung sei Herrin über das Verfahren und aufgrund fehlender Genehmigungsgrundlagen entschieden. Es habe aber ein Gespräch mit der Firma TRIWO stattgefunden indem man eine Einigung bezüglich kommender Veranstaltungen getroffen habe.

**3**        **Anfrage von Ratsmitglied Schmidt-Wilhelm**

Einheitswerte der Grundsteuer B

Ratsmitglied Schmidt-Wilhelm merkt an, dass die Einheitswerte der Grundsteuer B veraltet seien und nach oben gesetzt werden müssten. Bürger hätten deswegen schon Klagen beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Sie erkundigt sich, ob das Problem bekannt sei, ob schon Gespräche mit dem Finanzamt geführt worden seien und ob die Stadt über mögliche Szenarien nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gerüstet sei.

## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

### Antwort der Verwaltung:

Herr Dr. Dormann erläutert, dass es in der Stadt Zweibrücken um 5,3 Mio. € Grundsteuer B-Einnahmen gehe. Der Ausgang des Verfahrens beim Bundesverfassungsgericht sei noch offen. Es wäre aber eine finanzielle Katastrophe für die Kommunen, wenn das Bundesverfassungsgericht die Einheitswerte als verfassungswidrig ansehen würde.

Als mögliche Szenarien nennt er z.B. eine Fristeinräumung in der die Einheitswerte anzupassen seien. Es sei aber auch nicht im Ermessen der Stadt einen Alternativszenarienplan zu gestalten.

#### **4 Anfrage von Ratsmitglied Rimbrecht**

##### AOK Schließung des Kundencenters

Ratsmitglied Rimbrecht merkt an, dass das Kundencenter der AOK in Zweibrücken schließen wolle. Zweibrücken habe schon einige Institutionen verloren. Er bittet die Stadt sich gegen eine Schließung des Kundencenters auszusprechen.

##### Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende stimmte dem zu und schlägt vor eine Resolution zu formulieren.

Ratsmitglied Bernhard Schneider merkt an, dass sich die Resolution nicht nur auf die Schließung der AOK, sondern auch auf die Schließungen der Ersatzkassen beziehen sollte

#### **5 Anfrage von Ratsmitglied Dirk Schneider**

##### Bootsverleih/Familienfahrzeuge am Minigolfplatz

Ratsmitglied Dirk Schneider erkundigt sich nach dem Sachstand zu seiner letzten Anfrage in Sachen Bootsverleih.

##### Antwort der Verwaltung:

Der Vorsitzende gibt an, dass dies Thema beim nächste Jour Fixe am 5. März sei.

**6 Anfragen von Ratsmitglied Hüther**

6.1 Sachstandsmitteilung Brücke Bundenbach

Ratsmitglied Hüther bittet um Sachstandsmitteilung der Brücke über den Bundenbach in der Battweilerstraße. Er erkundigt sich, bis wann mit einem Ersatzbau zu rechnen sei.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

6.2 Stadtumlandkonzept

Im März 2016 gab es ein Treffen verschiedener Stellen in Winterbach, bei dem über ein touristisches Konzept beraten wurde.

Ratsmitglied Hüther bittet um Sachstandsmitteilung und eine zeitliche Prognose.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

6.3 Renaturierung Oberauerbach/Niederauerbach

Ratsmitglied Hüther bittet um Sachstandsmitteilung und eine zeitliche Prognose.

Antwort der Verwaltung:

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

6.4 Anmerkung Rückstauproblem in der Alten Ixheimer Straße

Ratsmitglied Hüther bedankt sich, dass durch die neue Ampelregelung in der Alten Ixheimer Straße kein Rückstau mehr vorhanden sei.

## **34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018**

### **7 Anmerkung von Ratsmitglied Hemmer**

Ratsmitglied Hemmer informiert, dass oberhalb des neuen Wasserbehälters ein Telekomkasten o.ä. aus der Verankerung gerissen wurde und bittet um Weiterleitung der Information an die entsprechende Stelle.



## 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

### **Punkt 16: Bekanntgabe der Beschlüsse aus dem nicht-öffentlichen Teil (öffentlich)**

Der Vorsitzende gibt folgende im nicht-öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse bekannt:

1. Der Einstellung von fünf Personen wird zugestimmt.
2. Der Beförderung bzw. Höhergruppierung von drei Personen wird zugestimmt.
3. Der Übernahme von einer Person in ein Dauerarbeitsverhältnis wird zugestimmt.
4. Einer Grundstücksangelegenheit wird zugestimmt.

### 34. Sitzung des Stadtrates am 21.02.2018

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Der Vorsitzende

---

Henno Pirmann  
Beigeordneter

Die Schriftführer

---

Jörg Eschmann

---

Natascha Weick